Geschlechtergerechte Sprache sollte kein Kampffeld sein. Foto: iStock/marchmeena29

Gegen linke Zwänge und rechte Verbote

Liberale Haltung zeigen

Die Debatte über geschlechtergerechte Sprache wird von der SP und der SVP dominiert. Während die Linke neue Schreibweisen aufzwingen will, bemüht sich die Rechte um Verbote. Es ist Zeit, dass die FDP die liberale Antwort bringt und sich gegen Verbote und Zwang positioniert.

Zu Recht stellt sich die Frage zur politischen Relevanz der gendergerechten Sprache. Schliesslich haben wir offensichtlich andere Probleme. Laut Sorgenbarometer (2022) beschäftigen Herr und Frau Schweizer der Umweltschutz, die Altersvorsorge und Energiefragen am meisten. Derweil ist geschlechtergerechte Sprache unter den «Top 20»-Sorgen der Bevölkerung nicht zu finden.

Die geschlechtergerechte Sprache (oder «gendern») wurde trotzdem zum Politikum und Gegenstand des Kulturkampfes. Das Thema ist omnipräsent auf Online-Plattformen und in den Medien. Gemeint mit «Gendern» ist in der deutschen Sprache beispielsweise Genderstern, Binnen-I oder Doppelpunkt. In Frankreich soll das Gendern verboten werden, sodass sogar Verträge an Rechtsgültigkeit verlieren können, wenn die verbotene Sprache genutzt wird.

Politische Vorstösse

Eine SP-Nationalrätin forderte in einer chancenlosen Motion, dass der Genderstern auf Verwaltungsebene eingeführt wird. Derweil wurde von der Zürcher SVP die städtische Initiative «Tschüss Genderstern» eingereicht, welche den Genderstern unter anderem in offiziellen Dokumenten verbietet. Dies ist auch eine Gegenreaktion darauf, dass in der Vergangenheit im Zürcher Gemeinderat ein SVP-Vorstoss zurückgewiesen wurde, da er nicht «gendergerecht» formuliert war. Dies aufgrund von Richtlinien des Büros des Gemeinderates.

Aus meiner Sicht ist es inakzeptabel, dass ein Vorstoss aufgrund fehlenden Gendersterns zurückgewiesen wird. Gleichwohl sollte auch kein Vorstoss aufgrund der Präsenz des Gendersterns zurückgewiesen werden. Auch das Verbot des Gendersterns in Frankreich und die mögliche Ungültigkeit von Dokumenten mit Genderstern sind problematisch. Genau diese Position, welche weder das Verbot noch den Zwang von Schreibweisen fordert, scheint im politischen Diskurs völlig zu fehlen.

Jill Nussbaumer

Einzig bei staatlichen Akteuren macht es Sinn, dass sprachliche Richtlinien umgesetzt werden, so, wie die meisten Firmen interne Richtlinien zum Sprachgebrauch festlegen. So definiert der Bund in einem Leitfaden auf 192 Seiten die geschlechtergerechte Sprache. Kurz zusammengefasst: In der Regel soll die Paarform genutzt werden (z. B. Feuerwehrfrauen und Feuerwehrmänner). Die ausschweifenden Richtlinien für Personen ausserhalb der Verwaltung anzuwenden, wäre eine wahre Zumutung.

Debatte nicht den Polparteien überlassen

Die Debatte über die geschlechtergerechte Sprache sollte nicht SVP und SP überlassen werden. Als Liberale spreche ich mich gleichermassen gegen Zwänge und Verbote aus. Die Entscheidung über den Sprachgebrauch sollte Vereinen, Milizpolitikern und der Zivilgesellschaft frei überlassen werden. Die Ungültigkeit von Vorstössen oder Verträgen aufgrund von Schreibweise ist absurd. Weder ein Verbot des Genderns noch ein Zwang zum Genderstern bringen eine valable Lösung. Die staatlichen Institutionen hingegen sollen sich an die Richtlinien des Bundes halten. Ein Sprach- und Grammatikgesetz ist nicht notwendig.

Jill Nussbaumer, Kantonsrätin ZG
und Kommunikation FDP Radigal